

Klestil stimmt ÖVP-FPÖ-Regierung zu

Regierungsbildung in Österreich erfolgt heute - Portugal kündigt im Namen der EU Massnahmen an

WIEN: Der Machtkampf zwischen Österreichs Bundespräsident Klestil und der rechtskonservativen Koalition aus ÖVP und FPÖ ist entschieden: Klestil gab gestern Abend grünes Licht für die Vereidigung der neuen Regierung heute Freitag.

Die konservative ÖVP und die rechts-populistische FPÖ hatten das Regierungsprogramm bereits am Nachmittag vorgestellt. Es enthält eine Grundsatz-erklärung, in der sich die beiden Parteien zu den Werten der EU bekennen. Portugal kündigte am Abend an, dass am Freitag die von den 14 EU-Staaten beschlossenen Massnahmen in Kraft gesetzt würden.

Der designierte Bundeskanzler des künftigen Kabinetts ist der ÖVP-Chef und langjährige Aussenminister Wolfgang Schüssel. FPÖ-Chef Jörg Haider wird der Regierung nicht angehören. Den Posten des Vizekanzlers übernimmt die FPÖ-Politikerin Susanne Riess-Passer. Finanzminister soll der 31-jährige Karl-Heinz Grasser (FPÖ) werden. Das Büro des Präsidenten teilte am Abend mit, Klestil habe gegen die Ernennung von zwei Ministern, die Haider vorgeschlagen hatte, sein Veto eingelegt. Thomas Prinzhorn, den Spitzenkandidaten der FPÖ bei der Parlamentswahl, habe Klestil wegen verbaler Entgleisungen abgelehnt.



Händedruck zwischen Jörg Haider (links) und Wolfgang Schüssel: FPÖ und ÖVP unterzeichneten gestern eine gemeinsame Koalitionserklärung. Die schwarz-blaue Regierung wird heute Freitag angelobt. (Bild: Keystone)

Beim Chef der Wiener FPÖ, Hilmar Kabas, nannte Klestils Büro die Wahlkampf-führung in Wien als Begründung. Die Wiener FPÖ hatte mit der auslän-derfeindlichen Forderung nach einem «Stopp der Überfremdung» um Stim-

men geworben. Die Erklärung zu den Werten der EU wurde dem Programm der Mitte-Rechts-Koalition vorange-stellt. Darin hiess es, die Regierung sei gemeinsamen Grundsätzen wie Frei-heit, Demokratie, Achtung der Men-

schenrechte und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet. «Die Bundesregierung ar-beitet für ein Österreich, in dem Frem-denfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus keinen Platz finden», hielten ÖVP und FPÖ fest. Ein Schwerpunkt

des Regierungsprogramms ist die Erwei-terung von Familienzulagen für Familien mit Kindern bis zu drei Jahren. Bisher gab es nur Zulagen bis zum Alter von 18 Monaten. Vor allem Haider's FPÖ hatte sich im Wahlkampf dafür stark gemacht.

Die neue Bundesregierung

- Bundeskanzler: Wolfgang Schüssel (ÖVP)
- Vizekanzler: Susanne Riess-Passer (FPÖ)
- Aussenminister: Benita Ferrero-Waldner (ÖVP)
- Innenminister: Ernst Strasser (ÖVP)
- Finanzminister: Karl Heinz Grasser (FPÖ)
- Verteidigungsminister: Herbert Scheinert (FPÖ)
- Justizminister: Michael Krüger (FPÖ)
- Wirtschaftsminister: Martin Bartenstein (ÖVP)
- Landwirtschaftsminister: Wilhelm Moltner (ÖVP)
- Sozialminister: Elisabeth Sickl (FPÖ)
- Infrastrukturminister: Michael Schmid (FPÖ)
- Bildungsminister: Hubert Gorbach (ÖVP)

Abschied von der Macht

SPÖ: «Zeit zum Fürchten» oder Chance für Erneuerung



SPÖ-Chef Viktor Klima wird auf der Strecke bleiben.

WIEN: Mit gemischten Gefühlen treten Österreichs Sozialdemokraten den Gang in die Opposition an. 30 Jahre lang waren sie ununterbrochen an der Macht - eine ganze Generation von Österreichern kennt nichts anderes als sozialdemokratische Kanzler.

Kim Rahir

Und diese werden mit allen Schwächen des Systems identifiziert: Kungelei, Parteienwirtschaft, Proporz, kurz mit dem, was die Freiheitliche Partei (FPÖ) aus der Opposition so wirkungsvoll kritisierte. Doch das wird jetzt anders. Offen ist, ob die Sozialdemokraten die Zeit ohne Regierungsverantwortung zu einer inhaltlichen Regeneration nutzen können, oder ob sie sich in Flügelkämpfen aufreiben. Es sei eine «gemischte Lage», sagt SPÖ-Fraktionschef Peter Kostelka. Es gebe in der Partei durchaus Erleichterung, dass die Regierungsvereinbarung mit der konservativen Volkspartei (ÖVP) nicht zustande gekommen sei, die die Sozialdemokraten «bis an die Grenze des Erträglichen gebracht und sicherlich innerparteiliche Auseinandersetzungen ausgelöst hätte».

Andererseits werde das tägliche Leben jetzt natürlich schwieriger. «Wir können nicht mehr einfach einen Minister anrufen und um eine Stellungnahme bitten. Wir werden es auch

schwerer haben, in den Medien unseren Weg zu finden.» Die schmerzliche Wahl zwischen pragmatischer Politik und traditionellen Werten der Sozialdemokratie wird der Partei aber auch in der Opposition nicht erspart bleiben. Trotz Oppositionsrolle werde die SPÖ bei allen ihren Vorschlägen und Forderungen die «Finanzierbarkeit» im Auge behalten, kündigt Kostelka an.

Der Grund: Er gehe davon aus, dass seine Partei nach einer Legislaturperiode von vier Jahren wieder an die Macht zurückkehre, und dann müssten die SPÖ-Vorschläge auch umsetzbar sein. Ob aber dieser Kurs mit den traditionellen, gewerkschaftsnahen Teilen der Partei durchsetzbar ist, bleibt fraglich. Wahrscheinlicher ist, dass ohne den «Kitt der Macht» heftige Flügelkämpfe ausbrechen. Nach Auffassung der österreichischen Medien sind die Messer im linken und rechten Lager der Partei dafür schon gewetzt: Da ist einmal Karl Schlögl, zuletzt Innenminister und Vertreter einer Öffnung der Sozialdemokraten in Richtung FPÖ.

Er gilt als Pragmatiker und wird «nicht eben geplagt von hemmenden Grundsätzen», so die Zeitschrift «Format». Weiter links angesiedelt steht Noch-Verkehrsminister Caspar Einem für die klassischen Werte der SPÖ, der die «traditionelle Partnerschaft» zwischen der Partei und den Gewerkschaften nicht aufgeben will.

Dass Parteichef und Noch-Kanzler Viktor Klima dabei auf der Strecke bleibt, bezweifelt kaum jemand. «Die SPÖ steht vor einem Dilemma», beschreibt der Politikwissenschaftler Emerich Talos die Situation. «Der Regierungspragmatismus hat die Partei inhaltlich entleert.»

«Die SPÖ ist stets dafür gut, nach einer vierjährigen Oppositionsrolle zurückzukommen», sagt Kostelka und verweist auf das einzige Oppositions-Zwischenspiel seiner Partei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den Jahren 1966 bis 1970.

Doch die Rückkehr an die Macht dürfte diesmal ungleich schwieriger werden. Die SPÖ verlor bei den Wahlen im Oktober mehr Wähler an die FPÖ als die anderen Parteien. Fast jeder zweite Arbeiter und ein Drittel der unter 29-Jährigen stimmten für die Rechtspopulisten.

Ehemalige Splitterpartei wird Nr. 2

FPÖ: Haider's Stammwähler sind junge Arbeiter

WIEN: Die bevorstehende Rechtskoalition bedeutet für die FPÖ einen vorläufigen Höhepunkt beim steilen Aufstieg der einst unbedeutenden Splitterpartei. Architekt der Erfolgsgeschichte ist vor allem der rhetorisch geschickte Rechtsaussen Jörg Haider.

Emmanuel Serot

Bei den Wahlen im vergangenen Oktober fuhren die «Freiheitlichen» mit 29,6 Prozent ein triumphales Ergebnis ein und wurden zur zweitstärksten politischen Kraft im Parlament. Ihren Erfolg verdankt die FPÖ der Zustimmung aus dem Arbeitermilieu: fast jeder zweite Arbeiter gab Haider seine Stimme.

Nach der Studie des Zentrums für Po-

litikforschung profitierte die FPÖ vor allem von der Schwäche der grossen Volksparteien. 37 Prozent ihrer Anhänger sind Wechselwähler. Als wichtigsten Grund, FPÖ zu wählen, nannten die Befragten die Skandalgeschichten und Klängeleien der konservativen ÖVP und der Sozialdemokraten.

Weitere Argumente für Haider waren die Aussagen zufolge «Lust auf Veränderung», «Respekt meiner Interessen und der Tradition» und der «Widerstand gegen die Immigration». Haider konnte demnach mit seinen rabiaten Parolen zur Ausländer-Thematik den Sozialdemokraten entscheidende Teile ihrer traditionellen Arbeiter-Wählerschaft abringen. Von den zur FPÖ abgewanderten Wählern gaben 61 Prozent an, die SPÖ nehme «das Prob-

lem der Ausländer nicht ernst». Bei den Oktoberwahlen hielten die «Freiheitlichen» nicht nur fast ihre gesamte Anhängerschaft von den Parlamentswahlen 1995 bei der Stange, sondern warben zehn Prozent der SPÖ- und neun Prozent der ÖVP-Wähler ab.

Zudem ist die Wählerschaft Haider's auffallend jung: Einer von drei Wählern ist unter 29 Jahren alt, bei der ÖVP und der SPÖ steht die Alterspyramide genau umgekehrt. Bei Frauen ist jedoch Haider's Erfolg deutlich geringer als bei Männern. Die Freiheitliche Partei Österreichs wurde 1956 als Nachfolgerin der «Organisation der Unabhängigen» gegründet. Heimat für viele militante Neo-Nazis, bemühte sich die Partei um die Rehabilitierung ehemaliger Nationalsozialisten.

Vorarlberg: ÖVP-FPÖ seit 30 Jahren

ÖVP-FPÖ-Koalition: In Vorarlberg regiert Schwarz-Blau seit bald 30 Jahren

BREGENZ: Seit fast 30 Jahren wird Vorarlberg von einer ÖVP/FPÖ-Koalition regiert. Der Erfolg Jörg Haider's auf Bundesebene hat auch Auswirkungen auf die Machtverhältnisse im «Ländle».

Bis September 1999 verfügte die ÖVP über die absolute Mehrheit im Vorarlberger Landesparlament. Um demokratische Gesinnung zu demonstrieren, überliess die ÖVP seit 1945 freiwillig immer einen Regierungssitz der freiheitlichen (FPÖ) und einen der sozialdemokratischen Fraktion (SPÖ). 1974 gab es Krach mit dem SPÖ-Landesrat (Regierungsmittglied), worauf die ÖVP die Sozialdemokraten aus der Regierung warf. Seither war nur noch die FPÖ mit einem Landesrat in der Landesregierung vertreten.

Der Aufstieg Jörg Haider's zum Bundespartei-Obmann der FPÖ 1986 blieb in Vorarlberg vorerst ohne Auswirkungen. Grosse Teile der Vorarlberger FPÖ konnten mit seinem populistischen, lärmenden Stil nichts anfangen.

Die blauen Wähler in Vorarlberg waren vor allem liberale Unternehmer und Selbständige die mit der konservativ-klerikalen Einstellung der ÖVP

Mühe hatten. Die FPÖ war für die ÖVP keine bedrohliche Konkurrentin, denn der Stimmenanteil der «Blauen» lag stets zwischen 13 und 21 Prozent und fiel bei der Landtagswahl 1984 sogar auf 10,5 Prozent.

1989 kam die FPÖ auf 16,1 Prozent der Stimmen, 1994 lag ihr Anteil bei 18,4 Prozent. «Unsere Freiheitlichen

haben nichts mit Jörg Haider am Hut», beruhigte die ÖVP-Regierungsmehrheit immer wieder und hielt treu daran fest, einen «blauen» Landesrat freiwillig in die Regierung zu holen.

Das unangenehme Erwachen kam für die ÖVP bei der Landtagswahl 1999. Die FPÖ legte neun Prozent zu und erreichte 27,4 Prozent Stimmenanteil.



In Vorarlberg regieren ÖVP und FPÖ schon seit fast 30 Jahren gemeinsam in einer Koalition. Der starke FPÖ-Mann in unserem Nachbarland heisst Hubert Gorbach.